

Reaktionen von oppositionellen Gruppen auf das "Sputnik"-Verbot

Die Streichung der sowjetischen Zeitschrift "Sputnik" von der Postzeitungsliste der DDR kam einem Verbot gleich. Einige Oppositionsgruppen beschwerten sich direkt bei der sowjetischen Botschaft.

Die sowjetische Monatszeitschrift "Sputnik" existierte seit 1967 in der UdSSR und erschien in mehreren Sprachen. Sie sollte das Erscheinungsbild des Landes in sozialistischen Staaten und in westlichen Ländern verbessern und verzichtete deswegen weitgehend auf sozialistische Rhetorik. Mit Beginn von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion informierte "Sputnik" in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auch über die Reformpolitik Gorbatschows und griff frühere Tabuthemen auf, wie die Verbrechen Stalins. In der DDR eröffnete die Zeitschrift ihrer Leserschaft damit eine willkommene Abwechslung in der Medienlandschaft.

Von der SED-Führung wurde sie hingegen zunehmend kritisch betrachtet. Als die November-Ausgabe von 1988 den in der DDR-Geschichtsschreibung geleugneten Hitler-Stalin-Pakt thematisierte sowie die Stalin-hörige KPD der 20er Jahre kritisierte, untersagten SED-Funktionäre am 18. November 1988 den weiteren Vertrieb der Zeitschrift in der DDR. Das Heft wurde eingezogen und eingestampft - mit der Begründung, die Zeitschrift enthalte "keinen Beitrag, der der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dient, statt dessen verzerrende Beiträge zur Geschichte".

Die für Spionageabwehr und diplomatische Einrichtungen zuständige Hauptabteilung II berichtete im vorliegenden Dokument von einem Brief verschiedener Oppositionsgruppen an die sowjetische Botschaft in Ost-Berlin. Inhalt des Briefes war unter anderem der Protest gegen die Streichung des "Sputniks" von der Postzeitungsliste.

Signatur: BArch, MfS, HA II, Nr. 28577, Bl. 57

Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung II

Urheber: MfS

Datum: 15.12.1988

Rechte: BStU

Reaktionen von oppositionellen Gruppen auf das "Sputnik"-Verbot

Zu 33/122

Hauptabteilung II		BStU 000057
		Berlin, den 15.12.88
		Informations-Nr.: 48221/88
Mitarbeiter	Quelle	1 Blatt
<hr/>		
Verteiler		
Auswertungsvermerke		

Information

Inoffiziellen Hinweisen zufolge sollen sich Vertreter der dem politischen Untergrund zuzuordnenden Gruppierungen am 5/6.12.88

"Initiative für Frieden und Menschenrechte"
"Wühlmaus"
"Frauen für den Frieden"
"Kirche von Unten".

mit der Bitte an die Botschaft der UdSSR in der DDR gewandt haben, einen "offenen Brief" an die sowjetische Presseagentur "Nowosti" weiterzuleiten. In diesem Brief sei unter anderem gegen die Streichung des **Sputniks** von der Postzeitungsliste, die Absetzung sowjetischer Filme vom Spielplan, den Einsatz staatlicher Mittel gegen Andersdenkende und die Berichterstattung in den Medien protestiert worden.

Weiterhin soll darin die Regierung der DDR bezichtigt worden sein, ihre Gegnerschaft zu den gesellschaftlichen Umgestaltungen in der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten hinter heuchlerischen Argumenten zu verbergen.

Signatur: BArch, MfS, HA II, Nr. 28577, BL 57

Blatt 57